

Das Wunder der Wallonie

Seit drei Jahrzehnten gelingt es rechtsextremen Parteien nicht, im Süden Belgiens Fuß zu fassen

VON SVEN CHRISTIAN SCHULZ

Brüssel. Was bei den Parlamentswahlen am 24. November 1991 in Belgien geschah, sollte später als Schwarzer Sonntag in die Geschichte eingehen. Wie aus dem Nichts erzielte der rechtsextreme Vlaams Blok mehr als zehn Prozent der Stimmen in Flandern und zog mit zwölf Abgeordneten ins Parlament ein. Während im Norden Fasungslosigkeit herrschte, formierte sich im Süden eine Reaktion, die politische Kultur prägen sollte. In der Fédération Wallonie-Bruxelles entstand eine Brandmauer, die bis heute erfolgreich hält: der Cordon sanitaire.

Die Sorge war schon damals groß, dass der Rechtsruck auf die Wallonie übergreifen könnte. Die demokratischen Parteien beschlossen nach der einschneidenden Wahl, keine Koalition mit der extremen Rechten zu bilden, sich nicht an Debatten mit ihnen zu beteiligen und keinen ihrer Anträge zu unterstützen, um die Normalisierung der Rechtsextremen zu verhindern. Neben dieser politischen Cordon sanitaire entstand auch eine mediale Brandmauer im französischsprachigen Teil der Region. Der öffentlich-rechtliche Sender RTBF führte ihn als Selbstverpflichtung ein, später übernahm ihn die regionale Medienaufsicht. Das Prinzip ist klar: Parteien, die demokratische Werte verachten und sich rassistisch oder diskriminierend äußern oder den Holocaust leugnen, erhalten keine freie Sendezeit. 1999 bestätigte ein Gericht die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens.

Wallonie schützt Demokratie vor Rechtsextremen

Zwar können Journalisten Vertreter der extremen Rechten interviewen, doch nie live, erklärt der Politikwissenschaftler François Debras von der Universität Lüttich. Die Ausstrahlung erfolgt zeitversetzt, mögliche Gesetzesverstöße werden eingeordnet und benannt. „Gleichzeitig werden Journalisten ermutigt, über die extreme Rechte zu berichten, ihre Ideologie darzustellen und zu erklären, inwiefern sie gegen das Gesetz verstößt“, sagt Debras.

In der Wallonie wurde so eine mediale Brandmauer errichtet, die Jahrzehnte überdauerte. Während in Flandern im Norden Belgiens die



Die Stadt Visé in der Provinz Lüttich in der Wallonie: Im gesamten belgischen Süden bekommt die extreme Rechte kein Bein auf den Boden.

Foto: IMAGO/Werner Leroy

Rechtsextremen wie gewöhnliche Parteien in Nachrichtensendungen eingeladen werden und hohe Umfragewerte haben, bleiben ihre wallonischen Pendant unsichtbar. Die Konsequenz ist bemerkenswert: Bis heute gelang keinem Politiker der extremen Rechten der Einzug ins wallonische Parlament.

Die Medien haben wesentlichen Anteil daran, dass die extreme Rechte in der Fédération Wallonie-Bruxelles keinen Boden gewinnt. Es gibt jedoch noch weitere Gründe: Studien zeigen, dass rechtsextreme Parteien vor allem in abgehangenen Regionen Zulauf erhalten. Je weiter der Weg zum Bahnhof, zum Rathaus, zu einem Arzt oder einem Supermarkt, desto höher die Zustimmung für rechtsradikale Parteien, sagt Debras. In Wallonien dagegen prägen Vereine, Gewerkschaften und lokale Organisationen

das soziale Gefüge und schaffen Bildungschancen für die Menschen. Zudem scheiterte die extreme Rechte daran, sich dauerhaft als Partei zu organisieren, und kein Politiker konnte sich als Gesicht eines rechten Lagers etablieren, beobachtet Debras.

Heute steht die wallonische Strategie vor neuen Herausforderungen. Rechtsextreme Gruppen umgehen klassische Medien zunehmend über TikTok oder X. Trotz dieser Kanäle wussten viele Belgier im Süden nicht einmal, dass es dort rechtsextreme Parteien gibt, sagt Debras. „Sie tauchen in politischen Debatten nicht auf und sind daher kaum sichtbar.“ Soziale Medien seien für einige Gruppen wichtige Informationsquellen, besitzen jedoch nicht die Legitimität traditioneller Medien. Der Cordon sanitaire verhindere daher weiterhin eine Normalisierung rechtsextremer Ideen.

Trump befeuert Brandmauer-Debatte

Die Rückkehr von Donald Trump hat die Debatte um den Cordon sanitaire jedoch erneut befeuert. Sollte er auch für den US-Präsidenten gelten? RTBF entschied sich dafür und führte bei der Übertragung seiner Antrittsrede im Januar aufgrund zahlreicher sexistischer, rassistischer und fremdenfeindlicher Äußerungen eine zweiminütige Verzögerung ein. Die Redaktion wollte im Falle einer Entgleisung einordnen und erklären können, inwiefern sie gegen belgische Gesetze

„Viele Belgier wissen nicht einmal, dass es im Süden des Landes kleine, rechtsextreme Parteien gibt. Sie tauchen in politischen Debatten nicht auf und sind daher kaum sichtbar

François Debras,
Politikwissenschaftler an der Universität Lüttich

verstößt. Andere Sender zeigten Trumps Auftritt live.

Der liberale Politiker Georges-Louis Bouchez, Chef der stärksten Partei in Wallonien, attackierte RTBF heftig. Der Sender sei nicht das „Ministerium für Zensur und Propaganda“, erklärte er.

Der Sender wies die Vorwürfe scharf zurück und verwies auf die Gesetze, die eine Ausstrahlung von Inhalten verbieten, die „eine Bedrohung für die Demokratie, die in der Verfassung oder der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Grundrechte und Grundfreiheiten darstellen“.

Politologe Debras bestätigt: RTBF hätte Sanktionen riskiert, wäre Trumps Rede ohne Einordnung ausgestrahlt worden. Es gehe um ethische und rechtliche Vorgaben, so der Experte. Der Rat für journalistische Berufsethik betone die Pflicht, immer nach der Wahrheit zu suchen und die Menschenwürde zu achten. „Bei bestimmten Persönlichkeiten ist es einfach nicht möglich, diese Standards in einer Live-Sendung einzuhalten“, so Debras. Für ihn zählt Trump dazu.

Das wallonische Modell ist einzigartig und taugt nur bedingt als Vorbild für Deutschland, wo die AfD wachsenden Zulauf erhält. Eine Lehre hebt der belgische Politologe dennoch hervor: Demokratien müssen jene stärken, die Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit schützen, wie Lehrer, Richter, Journalisten, Gewerkschaften und Vereine.

Bruch zwischen Verbündeten im Jemen

Saudi-Arabien und die Emirate geraten aneinander

VON JULIANE RODUST

Aden. Im Jemen hat die Regierung das Abkommen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten im Kampf gegen die Huthi für beendet erklärt und den sofortigen Abzug emiratischer Truppen gefordert. „Alle emiratischen Truppen müssen sich innerhalb von 24 Stunden von jemenitischem Hoheitsgebiet zurückziehen“, sagte der Präsidialrats-Vorsitzende Raschad al-Alimi in einer im Fernsehen übertragenen Ansprache. Das jahrelange Bündnis der Regierung und Saudi-Arabiens mit den Emiraten im Kampf gegen die Huthi ist damit faktisch beendet und ein Konflikt der eigentlichen Verbündeten überraschend eskaliert.

Al-Alimi verkündete einen landesweiten Ausnahmezustand für 90 Tage. Für 72 Stunden gelte eine Luft-, Land- und Seeblockade für den Jemen. Die Regelung gilt de facto für den südlichen und östlichen Jemen – der Norden samt der Hauptstadt Sanaa wird von der Huthi-Miliz kontrolliert.

Im Jemen, ein verarmtes Land auf der Arabischen Halbinsel, tobt seit rund einem Jahrzehnt ein Bürgerkrieg, der vor allem zwischen der Huthi-Miliz einerseits und dem Bündnis aus Saudi-Arabien, den Emiraten und der jemenitischen Regierung andererseits ausgetragen wird. Die Emirate und Saudi-Arabien sind aber auch Rivalen am Golf, die in der Region um Einfluss und Ressourcen ringen. So unterstützen die beiden Staaten auch im Sudan-Konflikt unterschiedliche Seiten.

Die Separatisten des sogenannten Südlichen Übergangsrats (STC), die von den Emiraten unterstützt werden, hatten Anfang Dezember große Gebiete in den östlichen Provinzen Hadramaut und al-Mahra eingenommen und damit die Regierung und deren Verbündeten Saudi-Arabien unter Druck gesetzt.



Die Separatisten des STC werden von den Emiraten unterstützt.

Foto: ap/dpa

Konsequenzen nach Vorfällen bei den Fallschirmjägern

Sexualisiertes Fehlverhalten, Drogen, Rechtsextremismus? Was das Verteidigungsministerium zu den Vorfällen sagt

VON BIRGIT REICHERT

Berlin/Zweibrücken. Nach mutmaßlichen Fällen von Rechtsextremismus, sexualisiertem Fehlverhalten und Drogenmissbrauch bei den Fallschirmjägern in Zweibrücken hat die Bundeswehr einem Sprecher zufolge bereits Soldaten entlassen und weitere Konsequenzen angekündigt.

Vor Journalisten in Berlin kündigte er auf Nachfrage einen Aktionsplan für die Luftlandtruppe an. Dieser solle auf einem Bericht des Kommandeurs des Feldheeres Harald Gante aufbauen, der kurz vor dem Abschluss stehe und Heeresinspekteur Christian Freuding vorgelegt werden solle. Darin vorgesehen sein sollen Maßnahmen in

den Bereichen Ausbildung, Führung oder Prävention, um künftige Fehlentwicklungen zu verhindern.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ) hatte berichtet, dass im Fallschirmjägerregiment 26 im rheinland-pfälzischen Zweibrücken seit Monaten ermittelt werde. Neben Rechtsextremismus und sexualisiertem Fehlverhalten geht es demnach auch um Gewaltrituale und Drogen.

Mehreren Dutzend Beschuldigten im Regiment würden sexuelle Übergriffe und Mobbing gegen Frauen vorgeworfen. Mindestens 30 Soldaten sollen an rechtsextremen und antisemitischen Vorfällen beteiligt gewesen sein. Es geht demnach insgesamt um mehr als 200 einzelne Delikte.



55 Beschuldigte: Im Fallschirmjägerregiment 26 im rheinland-pfälzischen Zweibrücken gab es umfangreiche Ermittlungen.

Foto: Bernd Wüstneck/dpa

Eine Sprecherin des Heeres bestätigte „umfangreiche Ermittlungen gegen insgesamt 55 Beschuldigte“ in den vergangenen Monaten. „Bei 19 Beschuldigten wurde die Entlassung eingeleitet. In drei Fällen ist diese bereits erfolgt.“ Auslöser für die Ermittlungen seien mehrere Eingaben von Soldatinnen des Fallschirmjägerregiments 26 an den Wehrbeauftragten des Bundestages im Juni gewesen.

Unter Berufung auf Regimentsinsider berichtet die FAZ über „Hitlergrüße und eine angebliche Nazi-Party“. Es habe in Zweibrücken eine „rechtsextreme, offen antisemitische Clique“ gegeben. Frauen in der Truppe hätten Exhibitionismus erlebt und sich Pornowitze und Vergewaltigungsphantasien

anhören müssen. „Als wir dahintergekommen sind, was in Zweibrücken vorgeht, waren wir schier sprachlos“, sagte Gante der FAZ. „Über die Ereignisse, aber auch über die Art und Weise, wie man damit umgegangen ist. Im Heer gilt: Schlechte Führung ist kein Dienstvergehen, wird aber nicht geduldet.“

Die Vorfälle, sofern bestätigt, seien inakzeptabel, sagte der Bundeswehrsprecher. „Hier sind ja nicht nur Persönlichkeitsrechte Einzelner in erheblicher Weise betroffen, sondern das Ganze hat ja auch das Potenzial, das Ansehen der Bundeswehr als Ganzes zu schädigen.“ Rechtsextremismus und sexualisiertes Fehlverhalten würden in der Bundeswehr nicht akzeptiert.